

Januar 2022

Informationsheft

des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Themen

Neues Jahr –
Was ändert sich für
Betriebsleiter?

Weiterbildung –
"Praxis-Master"
in Bernburg

Berufsnachwuchs –
Wie informieren sich
Schüler zu Ausbildungen?

2022

ÜBERBLICK

INFORMATION SHEFT - JANUAR 2022

3

KOMMENTAR

Zukunft mitgestalten

4

NEUES RECHT

was sich für Betriebe ändert



7

SCHWEIN & RIND

Änderung der TierSchTrV

8

INTERVIEW

"Praxis-Master" in Bernburg

11

KAMPAGNE

Ihr Motiv im Großformat



12

AZUBI-SUCHE

Wo Jugendliche sich informieren



14

VVB

ASP und Ackerbau

15

IN ALLER KÜRZE

Kurzmeldungen

MIT

DENKEN.
REDEN.
MACHEN.

FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.

Werte Mitglieder,

werte Landwirtinnen und Landwirte,

der Anfang des neuen Jahres 2022 beinhaltet für uns nicht nur die Änderungen, die es zu jedem Jahresbeginn gibt. Vielmehr ist die neue Bundesregierung seit ein paar Wochen in Amt und Würden, der Koalitionsvertrag lange unterzeichnet und dessen Tinte trocken, Personalentscheidungen in den Ministerien sind vorbereitet und getroffen. Nun geht es für die neuen Verantwortungsträger ans politische Arbeiten ohne Warmlaufzeit. Und das wird uns alle fordern. Der neue Koalitionsvertrag unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ wird zu Veränderungen in der Landwirtschaft führen. Ob er für Freiheit, Gerechtigkeit und hoffentlich auch vollumfängliche Nachhaltigkeit steht, wird sich zeigen.

Die für landwirtschaftliche und naturschutzfachliche Themen zuständigen Häuser werden nun von einer Parteifarbe geleitet. Das kann Vorteile bringen, denken wir im Gegensatz dazu nur an die letzte Legislatur und den Dauerzwist zwischen Julia Klöckner und Svenja Schulze. Da kann es partiell nur besser werden. Etwas Grundvertrauen haben die Minister Özdemir und Lemke nun zuerst verdient, wenngleich vielen Bewohnern und Bewirtschaftern im ländlichen Raum das wirklich schwerfällt. Wenn man in den letzten 20 Jahren das einseitige Wirken so manchen grünen Landwirtschafts- oder Umweltministers auf Landesebene und den Umgang mit fremdem Eigentum erlebt hat, dann kann man nur auf konsequente Besserung in der Zukunft setzen.

Dialogangebote der Bundesregierung an die Branche allein werden es aber nicht bringen, Handeln im Sinne aller Wirtschaftsakteure ist angesagt – gerade deshalb, weil der Strukturwandel unentwegt weitergeht und erhebliche Teile der Landwirtschaft, aufgrund des Politikrisikos in Deutschland, vor einer sehr ungewissen Zukunft stehen. Wäre man zynisch, könnte man meinen, dass die betrieblichen Ausstiege aufgrund fehlender Planungssicherheit auch eine Form von Zukunftsperspektive bedeuten.

Vor diesen Hintergründen sollten wir in der gesamten Branche dringend anfangen, besser miteinander zu handeln. Wir müssen zwangsläufig als grüne Branche auf die politischen Fragestellungen unserer Zeit viel intensiver, weiterhin fachlich aber medial wahrnehmbarer über unsere eigenen Kreise hinweg antworten. Wir haben die Meinungsführerschaft für den ländlichen Raum klarer zu organisieren. In der Hoffnung, alles wird schon nicht so schlimm, reicht eine Politik der permanenten Angebote aus der Branche „an die Gesellschaft“ bis hin zur Selbstaufgabe nicht mehr. Als Zusatz gilt: Der vielstimmige, teilweise egozentrierte Einzelkanon der Vergangenheit, mit dem Blick auf einzelbetriebliche Vorteile, hat seine Zeit gehabt. Zum Glück bewegt sich hier gerade etwas im ländlichen Raum.

Es wird künftig eine straffere, deutlich mehr hinterfragende politische Diskussionskultur nach Innen und Außen benötigt. Dies sind wir auch der nachfolgenden Generation auf unseren Betrieben schuldig. Diese ist

aber auch selbst in der Verantwortung, politische Standortsicherung zu betreiben. Gerade junge Menschen an Hochschulen sind Multiplikatoren und gefordert, sich selbst politisch zu informieren, weiterzubilden, zu engagieren oder jemanden zu engagieren, der den politischen Job erledigt. Dann wird es nämlich nicht mehr ausreichen, jedwedem Politikhandeln lediglich das Schild „Klimaschutz“ als Berechtigung für neue Einschränkungen wirtschaftlichen Handels überzustülpen. Im Gegenteil, Politik kann so wieder auf eine moderate Position gebracht werden, anstatt Kritiker am Kurs auszugrenzen und nicht anzuhören. Das kann erreicht werden – wenn wir eine deutlich klarere und strukturierte Stimme der Branche haben, die fachlich und wirtschaftlich nicht zu ignorieren ist.

Und politisch Verantwortliche werden sich anhören müssen, dass es zum Beispiel nicht hinzunehmen ist, dass jahrhundertealte landwirtschaftliche Kulturlandschaft aus Klimaschutzgründen unter Wasser gesetzt werden soll, weil es sich um einen „alternativlosen“ Moorstandort handeln soll. Damit verschwinden bei Umsetzung als einzige vernünftige Einnahmequelle produktive Milchviehherden und nachhaltige Wertschöpfung über den reinen Landwirtschaftsbetrieb hinaus. Hier ist in der Breite der Landwirtschaft die klare Antwort zu geben: Paludikulturen und Landstriche unter Wasser sind keine Alternative für den ländlichen Raum!

Dies hier ist ein deutliches Plädoyer für eine künftig breitere politische Diskussionskultur und das Ringen um Lösungen entlang von Fakten und Auswirkungen politischen Handelns. Und es ist ein Plädoyer für eine strukturelle Neujustierung der landwirtschaftlichen Verbändelandschaft, damit der fachliche Kanon klarer und noch schlagkräftiger wird. Das wir uns in dieser komplexen Situation befinden, in der ein guter Teil der landwirtschaftlichen Betriebe die Wahrnehmung von politischer Perspektivlosigkeit hat, das liegt sicher in der Vergangenheit mitbegründet.

Wir müssen daher aus der Vergangenheit die richtigen Lehren ziehen. Das muss vernünftigerweise bedeuten, dass wir uns strukturell und personell gut in Parteien, Parteiprogrammen und vor allem der Verwaltung verankern. Dort spielt die Musik und das politische Handeln wird organisiert. Es müssen nicht automatisch Landwirte sein, die in Parlamente und die Verwaltungen gehen. Wir benötigen die politisch kompetenten Personen an den richtigen Stellen und dafür muss die Branche bereit sein, zu investieren und sich hinter Zielen zu vereinen, die über Partikularinteressen hinausgehen. Unserer gesamten Gesellschaft kann und wird das nur guttun. Lassen Sie uns also endlich beginnen!

Ihr Marcus Rothbart

